



Der Steini-Rap



(Quelle: [Moishe](#)

[Hundesohn](#))

Auch [Götz Wiedenroth](#) widmet dem Steinmeier-Skandal eine Karikatur:



Taliban ermorden 16-Jährigen



Anfang Oktober wurde ein 15-jähriger afghanischer Junge [von Taliban ermordet](#), weil er ein paar Dollarnoten in der Tasche hatte. Jetzt [erschossen](#) die muslimischen Gotteskrieger einen 16-Jährigen, weil er Gleichaltrige in Englisch unterrichtet hatte.

Islamistische Taliban-Kämpfer haben nach Polizeiangaben im Südosten Afghanistans einen Jugendlichen erschossen, weil er seinen Klassenkameraden privat und in seiner Freizeit Englisch beigebracht hatte. Bewaffnete Männer seien zu der Schule im Bezirk Sajed Karam gekommen, hätten den 16-jährigen Jungen ergriffen und nach draußen geschleppt, berichtete der Polizeichef der Provinz Paktia am Donnerstag. „Die Taliban ... töteten ihn dann vor der Schule“, sagte General Esmatullah Alisai. Als Polizisten eingriffen, sei es zu einem Schusswechsel mit den Angreifern gekommen, bei dem zwei Taliban und zwei Polizisten getötet worden seien.

Der Lehrer hatte den Angaben zufolge wiederholt Drohungen erhalten und war aufgefordert worden, den Englischunterricht nicht mehr weiter zu erteilen.

Erstaunlich, dass die *Berliner Morgenpost* sich nicht zu schade für den Hinweis ist, die Taliban würden die Tat bestreiten. Die „Rebellen“ würden aber immer wieder Taten bestreiten, die ihrem Image schaden würden. Wie bitte? Die Taliban fürchten einen Imageschaden? Die Taliban sind Terroristen (bis auf die [moderaten](#) vielleicht), deren Macht ausschließlich daraus

resultiert, die Bevölkerung mit Schreckenstaten in Angst zu versetzen. Da ist die Erschießung eines Jugendlichen ausgesprochen gut für's gnadenlose Image. Unmittelbar im Anschluss an diese Erklärung folgt dann der Hinweis, dass es *die* Taliban ja nicht gebe, weil die einzelnen Taliban-Gruppen komplett unabhängig voneinander ~~morden~~ gegen die Verwestlichung ihres Landes kämpfen würden.

(Spürnase: *asmodi*)



taz-Journalisten mögen die Faschisten

☒ Nachdem Stück für Stück die geistige Nähe des türkischen Sängers und Vorzeigeeintegranten Muhabbet zur faschistischen Organisation der Grauen Wölfe ans Licht kommt, baut [die linke Tageszeitung](#) vor. Cigdem Akyol und Jan Feddersen besuchen den Vorsitzenden der rechtsextremistischen Türken Mehmet Cetin in Berlin, stellen sich ganz dumm, und erfahren, was *taz*-Leser hören wollen: Türkische Faschisten sind gar nicht so schlimm und irgendwie sympathisch. Eine andere Kultur, eben. (Foto: Anhänger der „Grauen Wölfe“ vor dem Kölner Dom)

Die Geschichte des türkischen Faschismus reicht zurück bis in die 1920er Jahre, als in der jungen Republik erste Bestrebungen zu einem völkischen, türkisch-nationalistischen

Staat aufkamen, in dem für andere Volksgruppen kein Platz mehr sein sollte. In den 30er Jahren gab es enge Kontakte zu den deutschen Nationalsozialisten, und 1944 wurde der spätere Vorsitzende der faschistischen MHP, Mutterpartei der „Grauen Wölfe“ (Bozkurtçula), Alpaslan Türkes verhaftet, weil er versuchte, die Türkei an der Seite der Nationalsozialisten in den 2. Weltkrieg zu ziehen. Im Verfahren [erklärte er](#):

„Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verurteilt zu werden. Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer Rasse ist lebensnotwendig. Die in der Türkei lebenden Nichttürken mit türkischer Staatsangehörigkeit sind Tscherkessen, Bosniaken, Lazen, Araber, Kurden, sie sollte man in die Länder schicken, wo sie hingehören.“

In den 60er Jahren wurde mit Unterstützung des türkischen Militärs die Organisation der grauen Wölfe aufgebaut. Ihre Aufgabe: Kurden, Linke und Liberale mit Terrorakten von besonderer Grausamkeit einzuschüchtern und zu vernichten. Bis zu 100.000 junge Faschisten wurden in militärischen Camps für diese Aufgabe ausgebildet.

Mit den türkischen Gastarbeitern kamen auch Graue Wölfe nach Deutschland und begannen sich in „Idealistenvereinen“ und „Kulturvereinen“ zu organisieren. Besonders [freundliche Aufnahme](#) erhielten die importierten Faschisten von ihren deutschen Gesinnungsgenossen von der NPD:

Bereits 1970 ergab sich eine enge Kooperation zwischen der faschistischen türkischen MHP und der faschistischen deutschen NPD. Dieses belegt ein reger Briefwechsel zwischen beiden „Parteiführern“ Alpaslan Türkes und Adolf von Thadden. Während Türkes von der „unbedingten Aktionseinheit der MHP mit der NPD“ sprach, regte von Thadden einen intensiven Jugendaustausch zwischen beiden Parteien an. Von Thadden ließ es sich nicht nehmen, eine persönliche Einladung für Türkes

auszusprechen, um so „über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen“. Im Jahre 1977 bedankte sich Türkes wortreich für die großzügige finanzielle Unterstützung der NPD für den Wahlkampf der MHP. Der „Nationalistische Schülerbund“ gründete 1980 eine sog. Aufbauorganisation zur Erfassung in der BRD lebender türkischer Jungfaschisten. Die Waffenbrüderschaft der deutschen und türkischen Faschisten war wieder hergestellt.

Der bekannteste Vertreter der Wölfe im Westen wurde Mehmet Ali Agca, der 1981 ein Attentat auf Papst Johannes Paul II. in Rom verübte und letztes Jahr in der Türkei, in aller Stille [begnadigt und aus der Haft entlassen](#) wurde.

In Deutschland richten sich die Aktivitäten der Grauen Wölfe in erster Linie auf die Verhetzung türkischer Jugendlicher in Jugendzentren, Kulturvereinen und über das Internet. Auch der [türkische Sänger Muhabbet](#), jetzt Gesangspartner von Außenminister Steinmeier, bezog sich in seinen früheren Texten, als er seine Karriere ausschließlich über Veröffentlichungen im Internet aufbaute, immer wieder auf die Ideologie und die Motive der Wölfe. Über die Auswirkungen der rechtsextremistischen Propaganda an deutschen Schulen, Terror und Bedrohung kurdischer und deutscher Mitschüler und Lehrer in Köln und anderen Städten [berichtete Cosmo TV](#) (WDR) bereits im Frühjahr 2006.

Von alledem erfahren die Leser der [taz](#) nichts. Stattdessen plaudern die Qualitätsjournalisten mit dem Anführer der Berliner Wölfe über das gemütliche multikulturelle Beisammensein im Vereinsheim bei Tee und Gebäck. Lediglich das Fehlen einer kurdischen Fahne in der Zentrale der Faschisten bemängeln die linken Besucher. Auch wenn der türkische Extremist nichts von den jüngsten Menschenjagden auf Kurden in Deutschland (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)) gehört haben will, verbietet die multikulturelle Höflichkeit jegliches Nachhaken.

Vielleicht stehts ja so in den Empfehlungen des Presserats?

In ersten [Leserbriefen](#) macht sich Unmut breit:

15.11.2007 20:06 Uhr:

Von Florian Geyer:

So sieht also für die taz der Kampf gegen den Faschismus aus – indem man diesen rechtsextremen Banden ein öffentliches Forum bietet, ihre kruden Thesen zu verbreiten, wobei sie vorsorglich zu „Nationalisten“ verharmlost werden – die NPDler nennen sich übrigens auch so, aber wenn hierzulande zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe, siehe auch Pocher, Thierse, Steinmeier etc.

(Spürnase: Golda W.)



***Hürriyet* spricht von
„Abschiebe-Elend“**



Nachdem Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) erklärt hatte, prüfen zu wollen, ob bei den gewalttätigen türkisch-kurdischen Krawallen Festgenomme abgeschoben werden können (*PI* berichtete [hier](#)).

» ZAPP: [Schräge Töne – Der Außenminister und sein Lied](#)

(Spürnase: Koltschak)



**Vergewaltigungsoffer wird
ausgepeitscht**



Als der saudische König Abdullah [kürzlich in Berlin](#) war, wurde er der Öffentlichkeit als prächtiger Herrscher aus einem märchenhaften 1001-Nacht-Reich verkauft. Über die grausamen Menschenrechtsverletzungen in dem islamischen Königreich wurde diskret geschwiegen. Eine beliebte Strafe ganz im Sinne der Scharia ist das Auspeitschen, siehe Allah ist groß und barmherzig.

Nachdem dort gerade erst ein Musiker zu unvorstellbar grausamen [350 Peitschenhieben](#) verurteilt wurde, weil die Vollstrecker des Propheten sich über seine Lieder geärgert hatten, wurde jetzt das Opfer einer Vergewaltigung durch sieben Männer ebenfalls zu einer solchen Strafe verurteilt. Dabei hat sie Glück, denn sie wird für ihr Verbrechen [mit nur 200 Hieben](#) bestraft.

Ihr „Vergehen“: Als die Vergewaltiger sie im März 2006 verschleppten, hatte sie mit einem Mann im Auto gesessen, der weder mit ihr verheiratet noch verwandt ist. Das ist in dem islamischen Königreich ein Straftatbestand.

Solche Kleinigkeiten haben allerdings keine Chance, von unseren berufsmäßig Empörten wahrgenommen zu werden. Deren Betroffenheitsbarometer schlägt ausschließlich bei den USA, Westeuropa und Israel aus.

(Spürnase: Freiherr vom Stein)



Politischer Klimawandel im Königreich



In Großbritannien gibt es interessante Vorboten auf einen erfreulichen Klimawandel der politischen Art. Zu diesem Schluss kann man kommen, wenn man aus einem [Beitrag von Jürgen Krönig](#) für den Deutschlandfunk alle schönfärberische Ideologie über den angeblichen Nutzen ungebremster Zuwanderung für die britische Wirtschaft abzieht und den Kern der berichteten Fakten betrachtet: Die auch in Deutschland noch gebräuchliche Methode, jeden, der das Scheitern des multikulturellen Menschenversuchs benennt, in die rechte Ecke zu stellen, verfängt nicht mehr. Mit erstaunlicher Schnelligkeit sind britische Politiker plötzlich bereit, Tatsachen zu benennen, die sie selbst jahrelang als rechte Propaganda verteufelt haben.

Nachdem der konservative Abgeordnete Ennoch Powell im Jahre 1968 „Ströme von Blut“ für den Fall weiterer ungebremsster Einwanderung ins Königreich vorhergesagt hatte, hatten britische Gutmenschen eine Art britische Variante der deutschen Nazikeule zur Hand, von der sie ausgiebig Gebrauch machten, um Kritiker der multikulturellen Traumfabrik mundtot zu machen. Doch im jetzt beginnenden Wahlkampf, scheint der alte Knüppel seine Drohwirkung zu verlieren:

Noch vor zwei Jahren schien die abschreckende Wirkung der verfemten Worte von Powell ungebrochen. Wer immer ein Argument nutzte, dass auch nur entfernt an die ominöse Rede erinnerte, wurde abgestraft. Im Wahlkampf 2005 hatten die Konservativen den Slogan verwendet: „Es ist nicht rassistisch, Einwanderung begrenzen zu wollen“. Beim Wähler stieß das auf wenig Resonanz. Labour konnte es sich leisten, die Tories als verkappte Rassisten zu attackieren.

Nun, zwei Jahre später, ist das auf einmal nicht mehr möglich. David Cameron, der junge Parteiführer der Tories, kündigte an, eine von ihm geführte Regierung werde Einwanderung drastisch zurückfahren und eine jährliche Obergrenze festlegen. Niemand wagte es, ihn dafür in die rechte Schmutzlecke zu drängen. Im Gegenteil: Cameron erhielt Beifall für seine Forderung nach einer „erwachsenen Debatte“ über das heikle Thema. Der Chef der „Kommission für rassische Gleichheit und Menschenrechte“, selbst ein Einwanderer aus der Karibik, lobte die Rede als ausgezeichneten Beitrag zu einer überfälligen Debatte.

Ob der wirtschaftliche Nutzen, den Krönig behauptet, tatsächlich so zu bewerten ist, ob daher der Stimmungsumschwung in Großbritannien, wie der Autor nahelegt, eher ein psychologischer Effekt jenseits der ökonomischen Vernunft sei, ist sicher eine Frage des Standpunktes, ebenso wie die Behauptung, die vorhergesagten Ströme von Blut seien nicht geflossen. Die Opfer der Londoner Terroranschläge ebenso

wie die auch in England reichlich vorhandenen Opfer alltäglicher Migrantengewalt, nicht zuletzt auch die Opfer von Ehrenmorden und häuslicher Gewalt innerhalb der Parallelgesellschaften würden das möglicherweise anders beurteilen als der deutsche Journalist. Seltsam, von ökonomischem Erfolg zu sprechen, wenn sich das Leben aller durch die Zuwanderung drastisch verschlechtert hat:

Die ökonomische Rechnung mag aufgegangen sein – die sozialen und kulturellen Folgen der Massenimmigration wurden ignoriert. In London und anderen Ballungsgebieten wird nun Wohnraum knapp, Schulen und Hospitäler geraten unter Druck; Übersetzungsdienste kosten im Gesundheitswesen jährlich an die 400 Millionen Euro; die Infrastruktur kann die Menschenmassen kaum noch bewältigen. Linke Labourkreise murren, durch massenhafte Einwanderung sei eine „industrielle Reservearmee“ geschaffen worden, um Löhne zu drücken.

Projektionen, diese Woche vorgelegt, wonach die britische Bevölkerung bis 2012 um 5 Millionen Einwohner wachsen wird, verstärken das Gefühl der Überforderung. Selbst die „Kommission für rassische Gleichheit und Menschenrechte“, in der über dreißig Jahre lang multikulturelle Ideologen den Ton angaben, sieht Gefahren heraufziehen. Ihr letzter Report spricht von „wachsender Fragmentierung“ und der „Schwächung gesellschaftlicher Solidarität“ durch Einwanderung.

Vielfalt mag kulturell bereichernd sein, doch sie schwächt zugleich die Bereitschaft zu Solidarität. Nach 30 Jahren unangefochtener Dominanz wird in Großbritannien nun der Multikulturalismus unsanft beerdigt. Es lässt sich nicht länger unübersehen, dass er die Gräben in der Gesellschaft vertieft und friedliches Miteinander erschwert hat. Man sei „geschlossenen Auges in eine Apartheidsituation“ gegangen, lautet das Fazit der Menschenrechtskommission.

Politiker wären nicht Politiker, wenn sie der um sich

greifenden Erkenntnis vom Scheitern des multikulturellen Experimentes nicht Rechnung trügen. Wenn das Murren des Volkes nicht mehr zu überhören ist, vor allem aber, wenn der politische Gegner sich aus der Gemeinschaft der Menschenrechtsleugner verabschiedet und durch das Aussprechen offensichtlicher Wahrheiten zu punkten droht, wird es auch für die Schönredner der Gegenseite Zeit, das Fähnchen in den Wind zu hängen:

Nun, da in Großbritannien die Grenzen der Belastbarkeit erreicht scheinen, ändert sich auch die Sprache der Politiker. Labourpremier Gordon Brown rekurriert bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die griffige Formel „britische Jobs für britische Arbeiter“. Was als cleveres, Manöver gedacht war, den Tories den Wind aus den Segeln zu nehmen, führte lediglich dazu, die Diskussion endgültig zu enttabuisieren.

Genüsslich präsentierten die Konservativen ein Flugblatt der rechtsextremen Nationalen Front, auf dem vor Jahren schon exakt die gleiche Forderung erhoben worden war.

(Spürnase: ansager)